



Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2015

Einzelplan 03

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über den Einzelplan 03	3
1 Einnahmen	4
2 Ausgaben	4
2.1 Gesamtausgaben	4
2.2 Sachhaushalt	5
3 Besonderheiten	5
4 Personal	7
4.1 Personalausgaben	7
4.2 Planstellen und Stellen	8
4.3 kw-Vermerke	10
4.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	12
5 Auflösung des Kapitels 03 020 (Allg. Bewilligungen)	14
II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben der Kapitel	15
03 010 Ministerium	16
03 020 Allgemeine Bewilligungen	18
03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	20
03 110 Polizei	21
03 110 Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei	23
03 130 Deutsche Hochschule der Polizei	25
03 310 Fünf Bezirksregierungen	26
03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales	29
03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	30
03 610 Information und Technik NRW - Landesbetrieb	31
03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung	32
03 750 Institut der Feuerwehr	33
03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	34
03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der frühe- ren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	35
03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizei- beamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	36

I.

Überblick

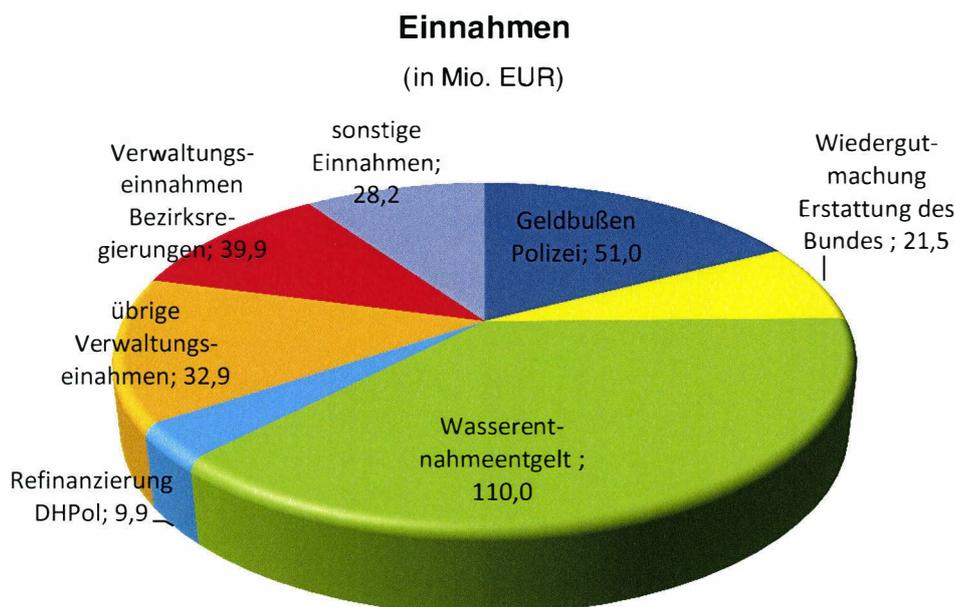
über den

Einzelplan 03

1 Einnahmen

Die Einnahmen bewegen sich mit 293,33 Mio. EUR in der Summe leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Die Einnahmeveränderungen resultieren aus dem Wegfall der Erstattung der Zensuskosten in Höhe von 13 Mio. EUR durch andere Bundesländer und dem Wegfall der Erstattungen der Europawahl in Höhe von 15,5 Mio. EUR. Gleichzeitig wurden 15,84 Mio. EUR aus dem Erlös beweglicher Sachen (KFZ) ebenso wie gestiegene Geldbußen im Bereich der Polizei i.H.v. 3,5 Mio. EUR berücksichtigt.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die Einnahmestruktur des Einzelplans (Beträge in Mio. EUR):



2 Ausgaben

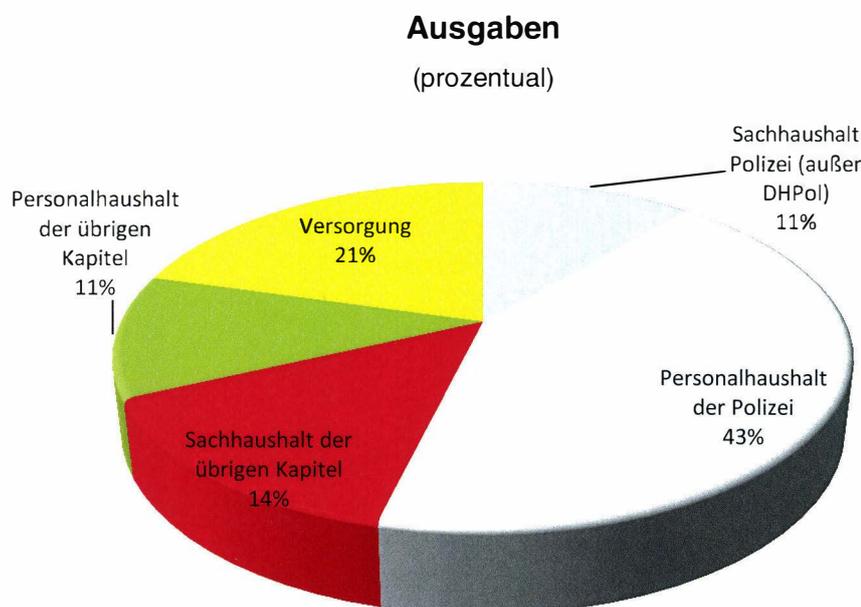
2.1 Gesamtausgaben

Die Ansätze sind um 82,72 Mio. EUR erhöht.

Gesamtausgaben in Mio. EUR	2015	2014	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	5.134,16	5.051,44	+82,72	+1,60
• Personalausgaben	3.826,92	3.794,52	+32,40	+0,85
• Sächliche Verwaltungsausgaben	687,80	662,93	+24,87	+3,75
• Zuweisungen und Zuschüsse	428,81	391,66	+37,15	+9,49
• Baumaßnahmen und Investitionen	229,61	235,94	-6,33	-2,68
• Besondere Finanzierungsausgaben	-39,00	-33,60	-5,40	-16,07

Die Ansätze für Personalausgaben (siehe Nummer 4) wachsen um 32,4 Mio. EUR auf, im Sachhaushalt sind insgesamt 50,33 Mio. EUR mehr vorgesehen als im vorherigen Haushalt.

Nachstehende Grafik gibt eine grobe Übersicht über die **Ausgabenstruktur** des Einzelplans:



2.2 Sachhaushalt

Die Ansätze im Sachhaushalt liegen per Saldo um 50,33 Mio. EUR höher als im Vorjahr und summieren sich auf 1.307,24 Mio. EUR.

Sachhaushalt in Mio. EUR	2015	2014	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.307,24	1.256,91	+50,33	+4,00
• Polizei	575,97	581,38	-5,41	-0,93
• Übriger Geschäftsbereich	731,26	675,53	+55,73	+8,25

3 Besonderheiten

Als wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind festzuhalten:

- Erstattung der Kosten für die Europawahl (03 010) - 15,50 Mio. EUR
- Einnahmen aus Geldbußen u.a. (03 110) + 3,50 Mio. EUR
- Reinvestition Funkstreifenwagen (03 110) + 13,93 Mio. EUR
- Reinvestition der Hubschrauberstaffel (03 110) + 16,25 Mio. EUR
- Erhöhte Globale Minderausgabe (jetzt 40,55 Mio. EUR, 03 020) - 5,52 Mio. EUR

Entwurf des Haushaltsplans 2015 Erläuterungen zum Einzelplan 03

- Höhere Veranschlagung u.a. aufgrund erhöhter Fallzahlen im Asylkapitel, vgl. Ziffer 2.3 (03 030) + 77,33 Mio. EUR
- Unterbringung von Asylbewerbern (03 310) + 8,57 Mio. EUR
- Ausgaben Baumaßnahmen Hünxe in 2015 (03 310) - 4,13 Mio. EUR
- Mehraufwand der FHöV für Ausbildung im kommunalen Bereich (03 350) + 3,90 Mio. EUR
- Verminderter Betriebskostenzuschuss an IT.NRW (03 610) - auslaufender Zensus - 3,87 Mio. EUR
- Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt (03 610 und 03 010) - 1,60 Mio. EUR
- Landeszuschuss an die Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung (03 710) + 6,16 Mio. EUR
- Weniger Renten nach Bundesentschädigungsgesetz wegen sinkender Fallzahlen (03 810) - 4,15 Mio. EUR
- Mietindexierung Bau- und Liegenschaftsbetrieb + 1,61 Mio. EUR

Erläuternde Hinweise:

- **Polizei**

Der Ansatz für Einnahmen aus Verwarngeldern wurde in Anlehnung an die tatsächlichen Einnahmen der letzten Jahre um 3,5 Mio. EUR auf 51 Mio. EUR angepasst. Diese Einnahmen können nicht zur Deckung von sächlichen Verwaltungsausgaben verwendet werden. Außerdem wurde bei den Einnahmen der erwartete Erlös aus der Veräußerung von Funkstreifenwagen (021) mit 15,84 Mio. EUR veranschlagt.

Die geplanten Ausgaben für die Modernisierung der Hubschrauberstaffel bewegen sich auf dem Vorjahresniveau.

- **Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Das Asylkapitel erfährt gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um rund 77 Mio. EUR auf 286,2 Mio. EUR.

Aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden ist der Ansatz für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um 51,92 Mio. EUR auf 143,05 Mio. EUR erhöht.

Für Kostenerstattungsansprüche aus einer letztinstanzlichen Entscheidung des Bundessozialgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz sind rd. 14,12 Mio. EUR im Haushalt berücksichtigt, vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu Titel 633 21.

Wie im Vorjahr sind Mittel eingestellt, mit denen sich das Land an den bei den Kommunen entstehenden Mehrausgaben in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz beteiligt. Unter Berücksichtigung erhöhter Bestandszahlen ergeben sich für diesen Zweck 32,03 Mio. EUR.

- **FHöV**

Der Aufwand der FHöV aufgrund der steigenden Anwärterzahlen im kommunalen Bereich führt zu einer Erhöhung der Ansätze für Aushilfen, der Aufwendungen für Leistungen der Kommunen und der Bewirtschaftungskosten der Liegenschaften der FHöV von insgesamt 3,9 Mio. EUR.

- **Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt**

Von dem zu erbringenden Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt i.H.v. rund 10 Mio. EUR werden bereits im Haushalt 2015 1,6 Mio. EUR erbracht. Dieser setzt sich zusammen aus 1 Mio. EUR Absenkung des Betriebskostenzuschusses bei IT.NRW und 0,6 Mio. EUR aus dem Wegfall der Datei der Zweckzuwendungen (03 010).

- **Feuerschutz und Hilfeleistung**

Die Landeszuschüsse an die Kommunen sind mit 24,98 Mio. EUR um rund 6,16 Mio. EUR höher veranschlagt als 2014. Die Investitionspauschale wird in bisheriger Höhe gewährt.

Die bereits im Haushalt 2014 eingerichtete Titelgruppe 60 für die Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren wird um 1,72 Mio. EUR auf insgesamt 2,72 Mio. EUR verstärkt.

4 Personal

4.1 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind knapp 32,4 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalausgaben in Mio. EUR	2015	2014	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	3.826,92	3.794,52	+32,40	+0,85
• Polizei	2.185,10	2.186,41	- 1,31	-
• Versorgung	1.047,27	1.020,39	+26,88	+2,63
• Bezirksregierungen	362,22	350,81	+11,41	+3,25
• Allgemeine Bewilligungen	145,18	153,85	- 8,67	- 5,64
• Übriger Geschäftsbereich	87,15	83,06	+4,09	+4,92

Zusätzlich sind die Personalausgaben für den Landesbetrieb IT.NRW in Höhe von 108,22 Mio. EUR in der Hauptgruppe 6 etatisiert.

Die Verschiebung der Ansätze von den allgemeinen Bewilligungen in das Kapitel der Bezirksregierungen beruht u.a. auf der Verlagerung der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. Die Verlagerung war für die zukünftige Umstellung auf EPOS.NRW erforderlich.

4.1.1 Aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Entgelte, Beihilfen, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten ergeben sich per Saldo um 5,52 Mio. EUR erhöhte Ansätze.

Gleichzeitig sinken die Personalausgaben bei IT.NRW um 1,5 Mio. EUR u.a. wegen des auslaufenden Zensus 2011.

4.1.2 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind basierend auf den Ausgaben der Vergangenheit sowie aufgrund steigender Fallzahlen und linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Finanzministeriums berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.055,45 Mio. EUR um 28,87 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

4.2 Planstellen und Stellen

4.2.1 Stellenbestand

Gegenüber dem vorherigen Haushalt (55.494) stehen mit 55.684 per Saldo 190 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **392** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht (siehe 4.2.2), denen
- **202 entfallende** Planstellen und Stellen (Verlagerung, Absetzung, kw-Realisierung) gegenüberstehen.

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

Planstellen und Stellen	2015	2014	Saldo	Neu	davon mit kw Befruchtung
Einzelplan, hiervon	55.684	55.494	+190	392	
• Ministerium	815	787	+28	-	-
• Allgemeine Bewilligungen	28	37	-9	16	16
• Polizei	45.734	45.682	+52	240	240
• DHPol	107	105	+2	2	-
• Fünf Bezirksregierungen	6.782	6.680	+102	120	73
• Aus- und Fortbildung	47	45	+2	1	-
• Fachhochschule	277	267	+10	10	-
• Information und Technik	1.782	1.782	-	-	-
• Institut der Feuerwehr	112	109	+3	3	-

Die Veränderung im Bereich des MIK steht im Zusammenhang mit der Stärkung unterschiedlicher Bereiche wie z.B. dem Verfassungsschutz. Außerdem sind die bisher gesperrten Planstellen für den CIO entsperrt.

4.2.2 Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind **392 neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche:

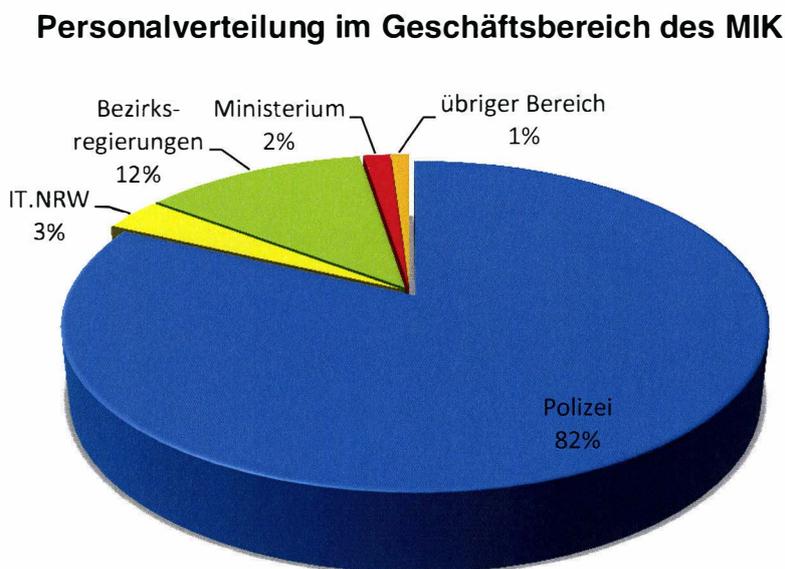
- 16 auf drei Jahre befristete Stellen, um **schwerbehinderte Menschen** mit der Qualifizierung zur/zum Verwaltungsfachangestellten einzustellen (Kapitel Allgemeine Bewilligungen).
- Bei der **Polizei** sind 240 neue Planstellen etatisiert, um Kommissaranwärterinnen und -anwärter übernehmen zu können, wenn diese die Laufbahnprüfung bestanden haben. Die Planstellen sind kw zum Jahresende 2015.
- Für die **Bezirksregierungen** sind 120 neue Planstellen und Stellen vorgesehen:
 - 34 EFRE¹-Förderungen, kw 2023
 - 12 Asylunterbringung
 - 10 Stärkung der Umweltverwaltung durch Verwaltungsstellen
 - 10 Planfeststellungsverfahren Straßenbau
 - 10 Wiedereinführung Widerspruchsverfahren
 - 10 Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme / ESF²- Förderung, kw 2021
 - 10 Hochwasserschutz, kw 2027
 - 7 Durchführung des Arzneimittelgesetzes (mit Vorbehalts-kw)
 - 7 Medizinproduktegesetz (mit Vorbehalts-kw)
 - 3 Anerkennung nichtakademischer Heilberufe (mit Vorbehalts-kw)
 - 3 Inklusionsprozess und Betreuung stark Sehbehinderter an Schulen
 - 2 Reisekostenabrechnung Schulwanderungen
 - 2 Förderprogramm „Europäische territoriale Zusammenarbeit“, kw 2023

¹ Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

² Europäischer Sozialfonds

4.2.3 Personalverteilung im Geschäftsbereich

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:



4.3 Kw-Vermerke

4.3.1 Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die kw-Vermerke von 901 um 41 auf 860 reduziert. Hierbei sind:

- **186 kw-Vermerke realisiert.**
- **178** für 2015 als fällig terminierte kw-Vermerke aus der 1,5%igen Stellenreduzierung **gestrichen**, die korrespondierende Minderausgabe wird dennoch im Kap. 03 020 veranschlagt.
- **323 kw-Vermerke neu** ausgebracht, hiervon:

- Polizei	240
- bei den Bezirksregierungen (EFRE ³ , Hochwasserschutz, Arzneimittelgesetz, Gleichwertigkeitsfeststellung, ETZ ⁴ -Förderprogramm, ESF ⁵ -Förderung)	66
- für die Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen	16
- bei der DHPol	1

³ Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

⁴ Europäische territoriale Zusammenarbeit

⁵ Europäischer Sozialfonds

Entwurf des Haushaltsplans 2015 Erläuterungen zum Einzelplan 03

Es ergeben sich folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Kw-Vermerke	2015	2014	Realisiert	Gestrichen	Neu	Saldo
Einzelplan, hiervon	860	901	-186	-178	323	-41
• Polizei	652	616	-161	-43	240	+36
• Bezirksregierungen	176	206	-5	-91	66	-30
• Übriger Geschäftsbereich	32	79	-20	-44	17	-47

Bei der Polizei sind 635 Planstellen zur Übernahme von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern kw gestellt. Davon werden 395 am Jahresende 2017 und 240 am Jahresende 2015 fällig.

4.3.2 Fälligkeit

Nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die betroffenen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	unter Vorbehalt	Personeingebunden	2015	2016	2017	2018	2019	2020 ff.
Einzelplan, hiervon	860	78	17	240	29	401	24	1	70
• Ministerium	3	2	-	-	-	-	1	-	-
• Allg. Bewilligungen	28	-	-	-	7	5	16	-	-
• Polizei	652	-	17	240	-	395	-	-	-
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-	-	-
• Fünf Bezirksregierungen	176	75	-	-	22	1	7	1	70

4.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Einstellungsermächtigungen und Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Allgemeiner Verwaltungsdienst, Referendariate, Vermessungstechnik, Umwelt- und Gewerbeverwaltung, Feuerwehrtechnik) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehend eine Gesamtübersicht über die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2015	2014
Einzelplan		1.885	1.857
● 03 110	Kommissaranwärter und -anwärterinnen	1.522	1.500
● 03 310 ⁶	Verwaltungsreferendare und -referendarinnen	10	16
● 03 310 ⁶	Regierungsvermessungsreferendare und -referendarinnen	59	59
● 03 310 ⁶	Regierungsvermessungsoberinspektoranwälter und -anwärterinnen	10	3
● 03 310 ⁶	Regierungsinspektoranwälter und -anwärterinnen	153	107
● 03 310 ⁶	Regierungssekretäranwälter und -anwärterinnen	42	40
● 03 310, TG 70	Vermessungsoberinspektoranwälter und -anwärterinnen	6	5
● 03 310, TG 71	Umweltreferendare und -referendarinnen	6	30
● 03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwälter und -anwärterinnen	9	27
● 03 310, TG 74	Gewerbereferendare und -referendarinnen	14	9
● 03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwälter und -anwärterinnen	16	30
● 03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwälter und -anwärterinnen	15	10
● 03 310, TG 75	Bergreferendare und -referendarinnen	7	5
● 03 750	Brandreferendare und -referendarinnen	8	8
● 03 750	Brandoberinspektoranwälter und -anwärterinnen	8	8

Zur Abfederung des demografischen Wandels sind für den mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst zusammen 35 zusätzliche Einstellungsermächtigungen als sog. **Einstellungskorridor** ausgebracht. Damit wird im Ergebnis bei den Bezirksregierungen einem Fehlbestand an Verwaltungsbeamtinnen und -beamten entgegen gewirkt. Dieser ergibt sich, weil bei der Berechnung der Einstellungsermächtigungen in der Vergangenheit die zwischenzeitlich gestrichenen kw-Vermerke eingerechnet waren und aufgrund von hohen ungeplanten Personalabgängen.

Die Einstellungsermächtigungen bei der Polizei sind wie im Vorjahr mit der Bedingung versehen, dass diese über 1.400 hinaus bis 1.500 in dem Maße in Anspruch

⁶ vormals 03 020

genommen werden dürfen, wie Anwärterinnen und Anwärter aus der Einstellung drei Jahre zuvor endgültig ausgeschieden sind. Dadurch wird gewährleistet, dass die benötigten 1.400 ausgebildeten Kommissarinnen und Kommissare nach Abschluss der Ausbildung tatsächlich verfügbar sein werden. Hinzu kommen 22 Einstellungsermächtigungen zur Kompensation der zum Verfassungsschutz versetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten.

Die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist mit 377 um 73 Auszubildende gestiegen. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: 171 im Kapitel der Allgemeinen Bewilligungen, 101 bei der Polizei, 36 im Umweltbereich der Bezirksregierungen, 66 bei IT.NRW sowie 3 beim Institut der Feuerwehr.

5 Auflösung des Kapitels 03 020 (Allgemeine Bewilligungen)

Die Richtlinien zu EPOS.NRW sehen die Auflösung der 020er Kapitel in den jeweiligen Einzelplänen vor (s. Budgetierungsrichtlinie des Programms EPOS.NRW Stand Juli 2013, S. 21). Dies folgt aus dem dezentralen Steuerungsansatz von EPOS.NRW, in dem bisher zentral veranschlagte Ressourcen soweit wie möglich dort zu veranschlagen sind, wo auch die Produktkosten entstehen.

Beispiel:

Die Mittel für überörtliche Aufgaben der Kataster- und Vermessungsverwaltung waren bislang in 03 020 Titel 535 11 veranschlagt. In der produktbezogenen Sicht von EPOS.NRW handelt es sich jedoch um ein Produkt der Bezirksregierungen. Daraus folgt die Verlagerung in die TG 80 (Vermessungs- und Katasterwesen) des Kapitels 03 310 Titel 535 80.

Die einzelnen Verlagerungen, die im Hinblick auf EPOS.NRW bereits im Haushalt 2015 begonnen und sukzessive mit dem Rollout der Behörden des Geschäftsbereichs weitergeführt werden, sind in den Erläuterungen der aufnehmenden Titel dokumentiert. Mit verschoben wurden auch die Ansätze 2014 und Ist-Ausgaben 2013. Der abgebende Titel ist im Haushalt 2015 in 03 020 gelöscht.

II.

Stellenplan, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	581	187	359	35	-	553	+28
Stellen	234	5	50	150	29	234	-
Gesamt	815	186	377	185	29	787	+28
<i>ATZ-Planstellen</i>	3	1	2	-	-	3	-
<i>ATZ-Stellen</i>	9	-	1	8	-	9	-

27 Planstellen aus der Polizei (Kapitel 03 110) werden für zusätzliche Aufgabenfelder im Ministerium wie dem Verfassungsschutz und die Landesredaktion der Online-Dienste der Polizei (Internet/Intranet der Polizei, Controlling) verlagert.

Des Weiteren wird eine Stelle für die Hauptschwerbehindertenvertretung von den Bezirksregierungen (Kapitel 03 310) ins MIK verlagert.

Die bisher gesperrten Planstellen für den CIO sind entsperrt.

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	946.600	16.828.000	-15.881.400	-94,4
Ausgaben	96.264.800	128.106.200	-31.841.400	-24,9
• Personalausgaben	48.171.800	46.117.600	+2.054.200	+4,5
• Sachausgaben	48.093.000	81.988.600	-33.895.600	-41,3

Aufgrund der Vorbereitungen für den Einsatz von EPOS.NRW und dem damit verbundenen Bestreben, das Kapitel 03 020 „Allgemeine Bewilligungen“ aufzulösen, wurden diverse Titel sowie die Titelgruppe 71 „Informationstechnik incl. Geschäftsbereich“ mit den Ansätzen 2014 und den Istzahlen in das Ministerialkapitel verlagert. Anschließend wurden die Mittel für Informationstechnik dezentralisiert. So erklären sich auch die Differenzen gegenüber dem jetzt ausgewiesenen Ansatz Gesamtausgaben für 2014 (ca. 128,1 Mio. EUR) gegenüber dem gedruckten Haushalt 2014 (ca. 74,9 Mio. EUR). Durch die Mitnahme der Ansätze 2014 und der Istzahlen wirken die Verlagerungen wie eine Sollberichtigung.

Die **Einnahmen** sinken u.a. wegen des Wegfalls der Erstattung der Kosten für die Europawahl durch den Bund (- 15,5 Mio. EUR).

Die **Personalausgaben** sind unter Berücksichtigung der o.g. Personalveränderungen berechnet. Des Weiteren sind die Haushaltsmittel für die jetzt entsperren Planstellen des CIO aus den anderen Ressorts in das Ministerialkapitel verlagert.

Der **Sachhaushalt** sinkt um 33,9 Mio. EUR. Ursache ist u.a. der Wegfall der Ausgaben für die Europawahl (- 15,5 Mio. EUR) sowie die Absenkung der Ansätze um 18,2 Mio. EUR aufgrund der ab 2015 vorgenommenen dezentralen Veranschlagung der IT-Mittel im Geschäftsbereich und der Neuausrichtung der IT-Mittel aufgrund der Einrichtung der Stabsstelle für den Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnik (CIO). Aufgestockt wurden die Sachmittel für den Verfassungsschutz (+ 0,9 Mio. EUR) u.a. im Zusammenhang mit Präventivmaßnahmen im Bereich des „Salafismus“. Des Weiteren gibt es Ansatzverschiebungen, die im Zusammenhang mit dem Umzug des Ministeriums erforderlich sind. Betroffen sind die Titel 517 01, 517 04, 518 01, 518 04 und 546 03. Die Minder- bzw. Mehrausgaben sind in diesem Bereich insgesamt ausgeglichen.

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	-	-	-	-	-	-	-
Stellen	28	-	-	28	-	37	-9
Gesamt	28	-	-	28	-	37	-9
Vorbereitungsdienst	-	-	-	-	-	-	-
Auszubildende	187	-	-	-	-	115	+72

Wie in den Vorjahren sind neue befristete Stellen (16) zur Einstellung von schwerbehinderten Menschen mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten ausgebracht. 9 Stellen sind wegen kw-Realisierung weggefallen, 16 Stellen sind umgesetzt, davon 5 Stellen des Programms „STAR“ (Schule trifft Arbeitswelt).

Die Stellen für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sind aufgrund der Umstellung auf EPOS.NRW in das Kapitel 03 310 (Fünf Bezirksregierungen) verlagert worden. Die Anzahl der Ausbildungsstellen hat sich um 72 Stellen für Verwaltungsfachangestellte erhöht.

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v. H.
Einnahmen	2.722.200	3.362.200	-640.000	-19,0
Ausgaben	150.230.500	157.009.500	-6.779.000	-4,3
• Personalausgaben	145.181.800	146.381.600	-1.199.800	-0,8
• Sachausgaben	5.048.700	10.627.900	-5.579.200	-52,5

Die **Einnahmen** verringern sich wegen der Reduzierung einmaliger Einnahmen und wegen der Verlagerung von Einnahmen nach Kapitel 03 010 Titel 119 01.

Die **Personalausgaben verringern** sich um rd. 1,2 Mio. EUR. Im Wesentlichen liegen folgende Änderungen vor:

- Der Ansatz für Fürsorgeleistungen, insbesondere für die Freie Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, ist um rd. 3,5 Mio. EUR gestiegen (Titel 443 01), die Ansätze für Beihilfen sind insgesamt um rd. 4,7 Mio. EUR gesunken (Titel 441 01 und 441 02).

Der **Sachhaushalt** verringert sich insgesamt um rd. 5,6 Mio. EUR. Folgende wesentliche Erhöhungen und Reduzierungen liegen dem zugrunde:

- Die Verstärkungsmittel für Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen im Geschäftsbereich sind um 1,84 Mio. EUR niedriger veranschlagt als im Vorjahr (Titel 519 11).
- Für die Beschaffung von Fahrzeugen als Ersatz für wegfallende Bundesfahrzeuge in dem den Katastrophenschutz ergänzenden Zivilschutz sind 2 Mio. EUR weniger als im Vorjahr veranschlagt (Titel 811 10).
- Die Ausgaben für Informationstechnik des CIO sind mit 29,6 Mio. EUR veranschlagt (TG 70). Die Steigerung um rd. 4 Mio. EUR ergibt sich wegen der gestiegenen Ansätze für Open Government (1,4 Mio. EUR) und der Neuausrichtung und Dezentralisierung der IT-Mittel im Geschäftsbereich.
- Die Globale Minderausgabe erhöht sich um rd. 5,5 Mio. EUR auf rd. 40,6 Mio. EUR.

Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v. H.
Einnahmen	600.000	600.000	-	-
Ausgaben	286.197.000	208.871.300	+77.325.700	+37,0

Die **Einnahmen** sind unverändert.

Bei den **Ausgaben** ist aufgrund der weiterhin steigenden Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern der Mittelbedarf bei fast allen Haushaltsstellen im Kapitel 03 030 stark gestiegen.

Allein für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz ist der Ansatz um rd. 51,92 Mio. EUR auf rd. 143,05 Mio. EUR angehoben (Titel 633 20).

Die Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern von Aufnahmeeinrichtungen des Landes sowie die Erstattungen der Aufwendungen an die Gemeinden für die Unterhaltung der Unterbringungsplätze, die Betreuung sowie die Leistungen an ausländische Flüchtlinge bei den Zentralen Ausländerbehörden sind insgesamt um 27,2 Mio. EUR auf 58 Mio. EUR gestiegen (Titel 547 10 und 633 50).

Das Land beabsichtigt, sich weiterhin an den bei den Kommunen entstehenden Mehrausgaben in Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz zu beteiligen. Unter Berücksichtigung erhöhter Bestandszahlen sind dafür 32,03 Mio. EUR veranschlagt, rd. 11,6 Mio. EUR mehr als in 2014 (Titel 633 22).

Lediglich der Ansatz für die Kostenerstattungsansprüche aus einer letztinstanzlichen Entscheidung des Bundessozialgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz ist um rd. 20,9 Mio. EUR auf rd. 14,12 Mio. EUR reduziert (Titel 633 21).

Kapitel 03 110 Polizei

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	40.202	713	39.489	-	-	40.150	+52
Stellen	5.532	59	1.143	4.048	283	5.532	-
Gesamt	45.734	772	40.632	4.048	283	45.682	+52
<i>ATZ-Planstellen</i>	<i>11</i>	<i>3</i>	<i>8</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>14</i>	<i>-3</i>
<i>ATZ-Stellen</i>	<i>32</i>	<i>-</i>	<i>9</i>	<i>23</i>	<i>-</i>	<i>34</i>	<i>-2</i>
<i>Vorbereitungsdienst</i>	<i>4.522</i>	<i>-</i>	<i>4.522</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>4.400</i>	<i>+122</i>
<i>Auszubildende</i>	<i>101</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>101</i>	<i>-</i>

Bei der Polizei sind zur Übernahme der Kommissaranwärterinnen und -anwärter 240 neue, budgetneutrale Planstellen etatisiert. Diese Planstellen sind kw gestellt zum Jahresende 2015. Für den gleichen Zweck waren im Vorjahr 160 Planstellen vorgesehen, die zum Ende des Jahres 2014 wegfallen. Bei den weiteren Abgängen sind insbesondere 27 Planstellen zu nennen, die dem Kapitel 03 010 zur Verfügung gestellt werden (Verfassungsschutz, Landesredaktion der Online-Dienste Polizei, Controlling).

Außerdem ist eine Stelle in das Kapitel 02 010 zurückverlagert worden.

Wie im Vorjahr werden wieder 1500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt. Als Ausgleich für den Abgang von 22 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zum Verfassungsschutz sind einmalig zusätzlich Einstellungsermächtigungen in gleicher Höhe vorgesehen.

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	77.880.000	60.216.100	+17.663.900	+29,3
Ausgaben	2.761.093.900	2.767.795.700	-6.721.800	-0,2
• Personalausgaben	2.185.101.200	2.186.414.900	-1.313.700	-0,1
• Sachausgaben	575.972.700	581.380.800	-5.408.100	-0,9
davon sächliche Verwaltungsausgaben ⁷	406.503.800	399.843.000	+6.660.800	+1,7
davon Investitionen ⁷	119.196.100	107.588.000	+11.608.100	+10,8
davon Digitalfunk	47.048.700	70.725.700	-23.677.000	-33,5

⁷ ohne Digitalfunk

Der Ansatz für **Einnahmen** aus Verwarngeldern wurde in Anlehnung an die tatsächlichen Einnahmen der letzten Jahre um 3,5 Mio. EUR auf 51 Mio. EUR angepasst. Diese Einnahmen können nicht zur Deckung von sächlichen Verwaltungsausgaben verwendet werden. Außerdem wurde bei den Einnahmen der erwartete Erlös aus der Veräußerung von ca. 1.200 Funkstreifenwagen (021) mit 15,84 Mio. EUR veranschlagt.

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet und berücksichtigen die Stellenveränderungen.

Sachhaushalt

Für die sächlichen Verwaltungsausgaben der Hauptgruppe 5 (ohne Digitalfunk) werden im Haushaltsjahr 2015 insgesamt rd. 406,5 Mio. EUR veranschlagt. Dieser Verfügungsrahmen übersteigt den Vorjahreswert um ca. 6,7 Mio. EUR.

U.a. liegt dies an einem um ca. 1,6 Mio. EUR gestiegenen Ansatz beim Geschäftsbedarf aufgrund erhöhter Zahlungsverpflichtungen an Kommunikationsprovider für die Durchführung von Telekommunikations- und Kommunikationsüberwachung (TKÜ) gemäß des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG). Bei den Sachverständigenkosten kommt ferner durch eine Ansatzerhöhung um rd. 1,0 Mio. EUR ein erhöhter Bedarf für Dolmetscherdienste zum Ausdruck. Des Weiteren führen die Intensivierung der DNA-Untersuchungen im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung sowie die Schießausbildung zu Mehrausgaben. Die Mietansätze sind aufgrund der Mietlisten und der Indexierung angepasst.

Das Investitionsvolumen (ohne Digitalfunk) erhöht sich um ca. 11,6 Mio. EUR auf 119,2 Mio. EUR. Dieser Steigerung liegen Reinvestitionen für die Funkstreifenwagen (021) zugrunde. Der Ansatz für die Reinvestition der Hubschrauberstaffel bleibt im Haushaltsjahr 2015 in etwa auf dem geplanten Wert des Vorjahres.

Dass die Sachausgaben insgesamt um 5,4 Mio. EUR niedriger ausfallen als im Vorjahr, liegt an den planmäßig deutlich geringeren Ausgaben für das Projekt Digitalfunk. Hier unterschreiten die Ansätze insgesamt das Vorjahresniveau um rd. 23,7 Mio. EUR. Die vorgesehene Gesamtkostenobergrenze zum Projektende im Jahr 2021 wird nach der aktuellen Planung weiterhin eingehalten.

Der Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei ist nachstehend erläutert.

Kapitel 03 110 Produkthaushalt Budgeteinheit Polizei

Der Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei umfasst die Polizeibehörden des Landes NRW. Die Deutsche Hochschule der Polizei zählt nicht hierzu, weil sie durch den Bund und die Länder gemeinschaftlich finanziert ist. Kosten für das Fachhochschulstudium, die bei der *Fachhochschule für öffentliche Verwaltung* (FHöV - heute: Kapitel 03 350) anfallen, bleiben unberücksichtigt. Anwärterbezüge sind in den Kosten der Budgeteinheit enthalten. Berücksichtigt sind ebenfalls die Mittel der Kapitel 03 020 und 20 020, die einen unmittelbaren Bezug zur Polizei haben (z. B. Freie Heilfürsorge und Beihilfe).

Der Produkthaushalt gliedert sich in vier Abschnitte:

- Abschnitt I hat in Anlehnung an die kamerale Aufstellung dispositiven Charakter.
- Abschnitt II enthält die dazugehörigen Erläuterungen. Hier wird auf Kosten und Erlöse abgestellt, nicht auf Ausgaben und Einnahmen. Ferner finden sich hier Informationen zu Aktivitäten, zum Output (Mengen) und zum Outcome (Wirkungsinformationen unterlegt mit Kennzahlen).
- Im Abschnitt III, dem Finanzbereich, finden sich kamerale Informationen.
- Abschnitt IV "Identitätsrechnung" stellt die Verbindung der kameralen mit den produktbezogenen Zahlen her.

In der folgenden Tabelle werden die Kennzahlen der Tabelle "II.2 Ressourceneinsatz" im Produkthaushalt erläutert.

Produktbereich	Kennzahl	Beschreibung
Einsatzbewältigung Gefahrenabwehr	<i>Anzahl der bewältigten Einsätze im täglichen Dienst</i>	Einsätze im täglichen Dienst (z. B. Wachdienst)
	<i>Einsatzreaktionszeit</i>	Durchschnittliche Zeit zwischen der Eröffnung eines Einsatzes in E-CEBIUS und dem Eintreffen der ersten Einsatzkräfte (ohne Einsatzreaktionszeiten von weniger als 30 Sekunden und mehr als 90 Minuten) bei allen außenveranlassten Einsätzen.
	<i>Anzahl Präsenzstunden</i>	Anzahl der geleisteten Personalstunden für sichtbare polizeiliche Präsenz.
Kriminalitätsbekämpfung	<i>Von der Polizei NRW bearbeitete Straftaten</i>	Jede im Straftatenkatalog aufgeführte Straftat (einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche), die von der Polizei NRW bearbeitet wird.
	<i>Aufklärungsquote der von der Polizei NRW bearbeiteten Straftaten</i>	Anzahl der Straftaten, denen ein Täter zugeordnet werden kann, im Verhältnis zur Anzahl der Straftaten, die von der Polizei NRW bearbeitet werden.

Entwurf des Haushaltsplans 2015
 Erläuterungen zum Einzelplan 03

Verkehrsunfall- bekämpfung	<i>Verunglückten- häufigkeitszahl</i>	Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen multipliziert mit 100.000 geteilt durch die Einwohnerzahl NRW (Einwohnerzahl des Vorjahres).
	<i>Zahl der Maßnahmen</i>	Anzahl (gesamt) der getroffenen repressiven Maßnahmen zur Verkehrsunfallbekämpfung, ohne dass ein Verkehrsunfall eingetreten ist (sog. „folgenloser Verstoß“). Maßnahmen in diesem Sinne sind Verwarnungen mit Verwarnungsgeld, Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen und Verkehrsvergehens- / Strafanzeigen.

Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	33	18	12	3	-	32	+1
Stellen	74	8	10	40	16	73	+1
Gesamt	107	26	22	43	16	105	+2

Der Haushaltsplan berücksichtigt die Umwandlung der Planstelle für die Präsidentin/ den Präsidenten der DHPol von Bes. Gr. B 4 nach Bes. Gr. W 3 BBesG. Um den Erhalt der Hochschulförmigkeit zu gewährleisten, wird darüber hinaus der Forderung des Wissenschaftsrates Rechnung getragen, eine weitere Professorenstelle einzurichten. Diese W 3 - Planstelle ist, einer Maßgabe der Haushaltskommission folgend, im Haushaltsjahr 2015 noch ohne Budget dargestellt. Eine weitere Vorgabe der Haushaltskommission ist dadurch umgesetzt, dass die für die zusätzliche Professur erforderlichen Assistenzstellen aus dem vorhandenen Stellenbestand dargestellt werden.

Bei den Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine neue Stelle für die Verwaltung von Drittmitteln eingerichtet. Diese Stelle ist innerhalb der Titelgruppe 99 etatisiert.

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	9.866.900	9.797.000	+69.900	+0,7
Ausgaben	11.665.500	11.674.700	-9.200	-0,1
• Personalausgaben	8.243.600	7.685.300	+558.300	+7,3
• Sachausgaben	3.421.900	3.989.400	-567.500	-14,2

Die Personalkosten steigen aufgrund der o.g. Stellenveränderungen sowie aufgrund der Verlagerung der Beschäftigungsentgelte für die studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte, die bisher bei den Sachausgaben etatisiert waren.

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	3.642	1.074	1.887	674	7	3.552	+90
Stellen	3.140	62	1.285	1.692	101	3.128	+12
Gesamt	6.782	1.136	3.172	2.366	108	6.680	+102
Davon							
Stammkapitel	4.589	852	1.898	1.731	108	4.499	+90
Titelgruppen gesamt	2.193	284	1.274	635	-	2.181	+12
<i>TG 60</i>	83	7	37	39	-	85	-2
<i>TG 70</i>	357	32	187	138	-	360	-3
<i>TG 71</i>	577	116	387	74	-	573	+4
<i>TG 74</i>	534	55	271	208	-	540	-
<i>TG 75</i>	80	26	47	7	-	80	-
<i>TG 76</i>	8	-	1	7	-	5	+3
<i>TG 77</i>	1	-	-	1	-	1	-
<i>TG 80</i>	350	37	219	94	-	350	-
<i>TG 81</i>	54	3	16	35	-	54	-
<i>TG 83</i>	5	-	2	3	-	5	-
<i>TG 84</i>	144	8	107	29	-	134	+10
<i>ATZ-Planstellen</i>	40	10	23	7	-	44	-4
<i>ATZ-Stellen</i>	32	-	9	20	-	43	-11
<i>Vorbereitungsdienst</i>	777	249	428	100	-	783	-6
<i>Auszubildende</i>	42	-	-	-	-	42	-

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	168.483.200	169.116.600	-633.400	-0,4
Ausgaben	532.406.800	505.845.700	+26.561.100	+5,3
• Personalausgaben	362.217.000	358.160.000	+4.057.000	+1,1
• Sachausgaben	170.189.800	147.685.700	+22.504.100	+15,2

Einnahmen

Die Einnahmen sind an die Ist-Einnahmen der vergangenen Jahre angepasst und verringern sich aufgrund der Reduzierung des Ansatzes für das Firmenticket auf null (Titel 119 04).

Personalhaushalt

Für die **Bezirksregierungen** sind 120 neue Planstellen und Stellen vorgesehen (in Klammern das jeweilige Fachressort):

- 34 EFRE⁸-Förderung (MWEIMH), finanziert über techn. Hilfe, mit kw-Vermerk, fällig 2023
- 12 Unterbringung von Asylbewerbern (MIK)
- 10 Stärkung der Umweltverwaltung durch Verwaltungsstellen (MKULNV))
- 10 Planfeststellungsverfahren Straßenbau (MBWSV)
- 10 Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens (MIK, MBWSV, MFKJKS)
- 10 Hochwasserschutz (MKULNV) mit kw-Vermerk, fällig 2027
- 10 Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme/ ESF⁹-Förderung (MAIS) mit kw-Vermerk, fällig 2021
- 7 Durchführung des Arzneimittelgesetzes, gebührenfinanziert, mit Vorbehalts-kw (MGEPA)
- 7 Aus der Prolongation von Vorbehalts-kw-Vermerken zum Medizinproduktegesetz (MGEPA)
- 3 Anerkennung von nichtakademischen Heilberufen, gebührenfinanziert, mit Vorbehalts-kw (MGEPA)
- 3 Inklusionsprozess und Steigerung der Betreuungsfälle (stark Sehbehinderter) an Schulen (MSW)
- 2 Reisekostenabrechnung „Schulwanderung“ (MSW)
- 2 Förderprogramm „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (MWEIMH), finanziert über techn. Hilfe, mit kw-Vermerk, fällig 2023

⁸ Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

⁹ Europäischer Sozialfonds

Die Anzahl der Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst verringert sich insgesamt um 6 Stellen.

576 Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sind aufgrund der Einführung von EPOS.NRW aus dem Kapitel 03 020 nach 03 310 verlagert.

Die **Personalausgaben** sind unter Berücksichtigung der o.g. Personalveränderungen berechnet.

Aussagen zur kw-Problematik bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes.

Sachhaushalt

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Jahr 2014 um insgesamt 22,5 Mio. EUR gestiegen. Dem liegen u.a. folgende Sachverhalte zugrunde:

- Aufgrund der Einführung von EPOS.NRW erfolgt eine Verlagerung (budgetneutral) von IT-Mittel in Höhe von 14,6 Mio. EUR aus dem Kapitel 03 020 in das Kapitel 03 310 (TG 90 und Titel 535 80).
- Zur Unterbringung der weiterhin steigenden Anzahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen erhöhen sich die Ansätze für Mieten und Bewirtschaftungskosten um 8,6 Mio. EUR (Titel 517 01 und 518 01).
- Für die Sanierung des Geländes der Envio GmbH & Co.KG Dortmund im Wege der Ersatzvornahme sind die Ausgaben für das Jahr 2015 um 3,7 Mio. EUR gestiegen (Titel 547 71).
- Für die Sanierung der Bergehalde Beythal erhöhen sich die Ausgaben um jährlich 0,9 Mio. EUR (Titel 536 75).
- Der Ansatz für die Fortführung des dritten Bauabschnitts für die Modernisierung des Munitionszerlegebetriebes Hünxe ist gegenüber 2014 um 3,4 Mio. EUR reduziert (Titel 717 60).
- Der Ansatz für das Firmenticket ist wie bei den Einnahmen auf null gesetzt (korrespondierende Titel 546 04 und 119 04).

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	15	7	7	1	-	14	+1
Stellen	32	-	8	20	4	31	+1
Gesamt	47	7	15	21	4	45	+1

Es ist eine Planstelle der Bes.Gr. A 10 zusätzlich etatisiert, die sich dauerhaft aus Mehreinnahmen finanziert.

Eine Stelle des vgl. mittleren Dienstes aus dem Programm „STAR - Schule trifft Arbeitswelt“ ist aus dem Kapitel 03 020 verlagert.

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	224.400	224.400	-	-
Ausgaben	10.204.300	9.904.600	+299.700	+3,0
• Personalausgaben	2.454.700	2.407.900	+46.800	+1,9
• Sachausgaben	7.749.600	7.496.700	+252.900	+3,4

Die **Personalausgaben** sind unter Berücksichtigung der zusätzlichen „STAR“-Stelle berechnet.

Der **Sachhaushalt** steigt aufgrund der Dezentralisierung der bisher im Kapitel 03 010, Titelgruppe 71 veranschlagten Haushaltsmittel für Informationstechnik und aufgrund der Mietindexsteigerung.

Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHöV)

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	220	180	31	9	-	217	+3
Stellen	57	1	15	41	-	50	+7
Gesamt	277	178	39	50	-	267	+10
<i>ATZ-Planstellen</i>	<i>1</i>	<i>-</i>	<i>1</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>1</i>	<i>-</i>

Es sind drei neue Planstellen für Dozenten bereitgestellt. Das ist die letzte Tranche zusätzlicher Dozenten aufgrund der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei von jährlich 1.100 auf 1.400 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter.

7 neue Stellen sind in der Verwaltung zur Ablösung prekärer Arbeitsverhältnisse geschaffen.

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	46.000	46.000	-	-
Ausgaben	37.458.800	33.315.900	+4.142.900	+12,4
• Personalausgaben	21.537.400	20.436.500	+1.100.900	+5,4
• Sachausgaben	15.921.400	12.879.400	+3.042.000	+23,6

Aufgrund der steigenden Anmeldungen aus dem kommunalen Bereich für die nächsten Jahre steigen die Aufwendungen für Leistungen der Kommunen, die Ausgaben für nebenamtliche Dozenten und die Aufwendungen für Liegenschaften incl. Nebenkosten um insgesamt 3,9 Mio. EUR.

Des Weiteren steigen die Personalausgaben durch die zusätzliche Bereitstellung von drei Planstellen für Dozenten aufgrund der erhöhten Einstellungszahlen bei der Polizei.

**Kapitel 03 610 Information und Technik Nordrhein-Westfalen
(IT.NRW) - Landesbetrieb**

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	367	130	153	84	-	367	-
Stellen	1.415	29	938	443	5	1.415	-
Gesamt	1.782	159	1.091	527	5	1.782	-
<i>ATZ-Planstellen</i>	5	5	-	-	-	7	-2
<i>ATZ-Stellen</i>	2	-	2	-	-	3	-1
<i>Auszubildende</i>	126	-	-	-	-	126	-

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	-	13.00.0000	-13.000.000	-100,0
Ausgaben	62.364.800	67.231.800	-4.867.000	-7,2
• Personalausgaben	-	-	-	-
• Sachausgaben	62.364.800	67.231.800	-4.867.000	-7,2

Bei den **Einnahmen** entfällt die Erstattung der Mehrkosten für die von IT.NRW zentral für alle Bundesländer bereitgestellte IT im Rahmen des Zensus.

Die **Personalausgaben** sind nur im Wirtschaftsplan ausgewiesen (s. Beilage 2 zum Haushaltsplan). Sie finanzieren sich aus Teilen des Betriebskostenzuschusses und aus Teilen der Umsatzerlöse die u.a. mit den Dienststellen der Landesverwaltung erwirtschaftet werden.

Bei den **Sachausgaben** sind die Aufwendungen von IT.NRW für den Zensus aufgrund noch zu erfolgender Abwicklung des 2011 durchgeführten Zensus gesunken (4,8 Mio. EUR in 2014; - 3,9 Mio. EUR). Der **Betriebskostenzuschuss** für die sonstigen zuführungsbedingten Aufgaben, wie z.B. die amtliche Statistik, sinkt um ca. 0,9 Mio. EUR. Mit 1,0 Mio. EUR¹⁰ erbringt IT.NRW den ersten Teilbetrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes. Des Weiteren sind erhöhte Mieten gegenüber dem BLB NRW (+ 0,1 Mio. EUR) berücksichtigt.

¹⁰ zuzüglich 0,6 Mio. EUR, die im Kapitel 03 010 veranschlagt sind

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v. H.
Einnahmen	290.000	290.000	-	-
Ausgaben	56.707.500	59.866.000	-3.158.500	-5,3
• Personalausgaben	142.800	117.800	+25.000	+21,2
• Sachausgaben	56.564.700	59.748.200	-3.183.500	-5,3

Die **Einnahmen** sind unverändert.

Bei den **Sachausgaben** sind die in 2014 etatisierten 10 Mio. EUR für den Ausbau der kommunalen Warnsysteme weggefallen (Titel 883 12).

Die mehrjährige Beschaffungsmaßnahme von sieben Feuerlöschbooten hat sich zeitlich verschoben und die Kosten sind insgesamt geringer als ursprünglich veranschlagt. Für Beschaffungen ist der Ansatz 1 Mio. EUR niedriger (Titel 811 10).

Die in 2014 neu eingerichtete Titelgruppe 60 für die Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren ist mit rd. 2,7 Mio. EUR dotiert, rd. 1,7 Mio. EUR mehr als in 2014.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 75 Mio. EUR (s. Einzelplan 20, Kapitel 20 010), abzüglich der übrigen aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie des Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt rd. 25 Mio. EUR, rd. 6,2 Mio. EUR mehr als in 2014 (Titel 883 10). Ausgezahlt werden jedoch unter Inanspruchnahme des Ausgaberestes aus dem Haushaltsjahr 2014 Zuschüsse in bisheriger Höhe von rd. 35 Mio. EUR.

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW, Münster

Stellenplan

	2015	hD	gD	mD	eD	2014	+/-
Planstellen	77	25	47	5	-	74	+3
Stellen	35	-	9	20	6	35	-
Gesamt	112	25	56	25	6	107	+3
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	1	-1
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	20	10	10	-	-	16	+4
<i>Auszubildende</i>	6	-	-	-	-	5	+1

Zwei neue Planstellen (hD u. gD) sind für den Lehrbereich und eine Planstelle (gD) für die Verwaltung des Instituts der Feuerwehr eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	1.081.000	1.111.000	-30.000	-2,7
Ausgaben	19.663.500	16.535.000	+3.128.500	+18,9
• Personalausgaben	6.605.500	6.405.100	+200.400	+3,1
• Sachausgaben	13.058.000	10.129.900	+2.928.100	+28,9

Die **Einnahmen** sind geringfügig reduziert.

Die **Personalausgaben** sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet und berücksichtigen die o. a. Änderungen im Stellenplan.

Der **Sachhaushalt** erhöht sich im Wesentlichen durch die zeitliche Verschiebung der Baumaßnahme zur Errichtung eines zweiten Lehrsaalgebäudes. In 2015 ist der Ansatz um 2,3 Mio. EUR auf 6,8 Mio. EUR erhöht (Titel 715 00). Auch bei den kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten besteht ein höherer Mittelbedarf. Hier ist der Ansatz um rd. 0,3 Mio. EUR erhöht (Titel 711 01).

Des Weiteren besteht für die Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude sowie für Mieten und Pachten ein höherer Mittelbedarf von insgesamt 116.000 EUR (Titel 517 01 und 518 02).

Die Kosten für externe Lehrgänge erhöhen sich um 114.000 EUR (Titel 546 10).

Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	21.539.200	23.199.200	-1.660.000	-7,2
Ausgaben	54.470.000	58.700.000	-4.230.000	-7,2

Die **Erstattungen von Entschädigungslasten** durch den Bund sind aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Fallzahlen angepasst.

Im **Sachhaushalt** sind die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und Landesrecht der voraussichtlichen Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	6.909.700	6.024.300	+895.400	+14,9
Ausgaben	178.702.100	170.331.100	+8.371.000	+4,9
• Personalausgaben	176.197.800	168.816.900	+7.380.900	+4,4
• Sachausgaben	2.504.300	1.514.200	+990.100	+65,4

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund einer Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Im **Sachhaushalt** wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an den Bund, die Länder und Gemeinden der Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2015	2014	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.742.000	6.589.000	-3.847.000	-58,4
Ausgaben	876.748.600	856.247.600	20.501.000	+2,4
• Personalausgaben	871.068.900	851.577.900	19.491.000	+2,3
• Sachausgaben	5.679.700	4.669.700	1.010.000	+21,6

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ermittelt.

Bei den **Sachausgaben** sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die tatsächliche Entwicklung auf Basis der Ist-Beträge 2013 angepasst.

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

